

► Solidarität mit den Beschäftigten der Klinikservice GmbH (KSG)

Resolutionsantrag an den Rat der Stadt Göttingen am 17.03.2023

Der Rat möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Göttingen erklärt sich solidarisch mit den bei ver.di organisierten, streikenden Beschäftigten der Klinikservice GmbH (KSG).
2. Der Rat fordert die Universitätsmedizin Göttingen (UMG) auf, die ausgegliederten Beschäftigten der KSG wieder in die Stammebelegschaft zu übernehmen.
3. Der Rat fordert zudem die Landesregierung auf, der UMG nahezu legen, auf die Forderungen der Beschäftigten einzugehen. Zudem sollte das Land Niedersachsen sicherstellen, dass gegebenenfalls anfallende Mehrausgaben der Kliniken abgesichert werden, um die Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Tarifiergebnisse zu gewährleisten.

Begründung:

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Geschäftsführung der Klinikservice GmbH (KSG) seit Herbst kein substanzielles Entgegenkommen in den Tarifverhandlungen mit ver.di gezeigt hat und nun mit Ausgliederungen von Teilen des Betriebs wie der Zentral-OP Reinigung droht. Angesichts von immer höheren Lebenshaltungskosten sind Löhne unterhalb der amtlichen Niedriglohnschwelle von 2344 Euro brutto für Vollzeit Armuts-löhne, die der Leistung der überwiegend weiblichen Beschäftigten, gerade in den zurückliegenden Corona-Jahren, keinesfalls gerecht wird. Die Angebote der KSG Geschäftsführung würden in den kommenden Jahren sogar zu Reallohnverlusten führen, was einer Universität, die sich selbst gerne wieder als „exzellent“ bezeichnen würde, mehr als unwürdig wäre.

Den Kolleg*innen geht es um die Wiederangliederung an den TV-L und damit um das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, mindestens aber eine Erhöhung der Löhne um 20% als

Zwischenschritt. Ihr Kampf ist damit zugleich ein Beitrag zum Kampf gegen den massiven Lohnraub, der Inflation genannt wird und von dem nur allzu oft so getan wird, als käme er so zwangsläufig und unaufhaltsam über die Beschäftigten wie ein Naturereignis. Eine Vorstellung, die von der Realität so weit entfernt ist wie das alte Märchen von der Lohn-Preis-Spirale, dass sich die Konzernbosse trotz Rekordgewinne nicht schämen immer wieder zu bemühen.

Der Kampf der Kolleg*innen der KSG geht uns daher alle an und verdient vollste Solidarität und Unterstützung!

Ergebnis der Ratssitzung v. 17.3.:

Der Rat der Stadt Göttingen hat in seiner Sitzung vom 17.03.2023 den Resolutionsantrag der Göttinger Linke Ratsfraktion mehrheitlich beschlossen, mit den Stimmen von B'90/Die Grünen, der Partei und Volt Ratsgruppe und der Ratsherren Dr. Welter-Schultes und Schu, gegen die Stimmen von CDU und FDP, bei Enthaltung der SPD, die in letzter Minute einen verwässerten Änderungs-

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2023/

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Solidarität mit KSG	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. im Kreistag	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
Göttinger Linke Ratsinfo	11
Satorius	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 05.2023
ist der 13. April.
Auslieferung ab dem 20. April.

antrag einbrachten – diesen aber wieder zurückzogen. Die Antragsteller freuen sich über ein starkes Zeichen der Stadt für Solidarität mit den Beschäftigten der Klinikservice GmbH (KSG) und gegen Armutslöhne und 2-Klassenbeschäftigung in ihrem Einflussbereich. (jl)

Veranstaltungsankündigungen

8. April, Osteraktion 2023, 12.00 Uhr, Nabel:

- Kundgebung des Friedensforums
- Menschenkette zum Markt
- Demonstration vom Markt zum neuen Rathaus
- ca. 13.00 Uhr: Kundgebung am „rostigen Reiter“

Mi., 12.4. Plenum des Göttinger Friedensforum

Mehr Infos unter: goettinger-friedensforum@lists.posteo.de

18. April, 20.00 Uhr: APEX, Burgstrasse

Immobilienpekulation auf Kosten der Beschäftigten am Beispiel Signa / Benko mit Katalin Gennburg
Eine Veranstaltung des Rosa-Luxemburg Clubs – Göttingen

1. Mai. DGB - Kundgebung

10.00 Uhr : Auftakt am Platz der Synagoge
12.00 Uhr: Albanipplatz (Treffen am Stand der FG BRD-Kuba)



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Der 8. Mai 2023 ist wieder unser Feiertag

Termine:

12. April 2023, 16.30 Uhr

Sprecher*innen VVN-BdA Göttingen treffen sich

Der Kreis der Sprecher*innen der VVN-BdA Göttingen trifft sich regelmäßig und Gäste sind herzlich willkommen. Das nächste Treffen wird wieder im Cafe INTI, Wilhelmsplatz, Göttingen stattfinden. Wir besprechen bei den Treffen unsere Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen so ansteht.



15.00 Uhr:

Gedenkveranstaltung der Stadt Göttingen auf dem Hauptfriedhof

Die Stadt Göttingen lädt am 8. Mai zur Übergabe eines Gedenksteines für die sowjetischen Zwangsarbeiter*innen die den Krieg nicht überlebt haben, auf dem Hauptfriedhof ein. Es sind Redebeiträge von Frau Oberbürgermeisterin Broistedt und Frau Kalisch, Archivarin der Stadt Göttingen geplant. Einen kurzen Redebeitrag der VVN-BdA Göttingen steht auch auf dem Programm. Bitte nehmt an der Veranstaltung teil.

17.30 Uhr:

Veranstaltung der VVN-BdA Göttingen

In diesem Jahr findet wieder unsere Veranstaltung zum Tag der Befreiung vom Faschismus am **Montag, den 8. Mai um 17.30 Uhr** am Thomas-Buergenthal-Haus (Stadtbibliothek) statt.

Als Redner konnten wir Mattis Binner, 1. Vorsitzender der Lagergemeinschaft Gedenkstätte KZ-Moringen gewinnen. Hans Georg Schwedhelm, Sprecher der Kreisvereinigung Göttingen, wird über die fehlenden Zwangsarbeitergräber auf dem Göttingen Hauptfriedhof berichten.

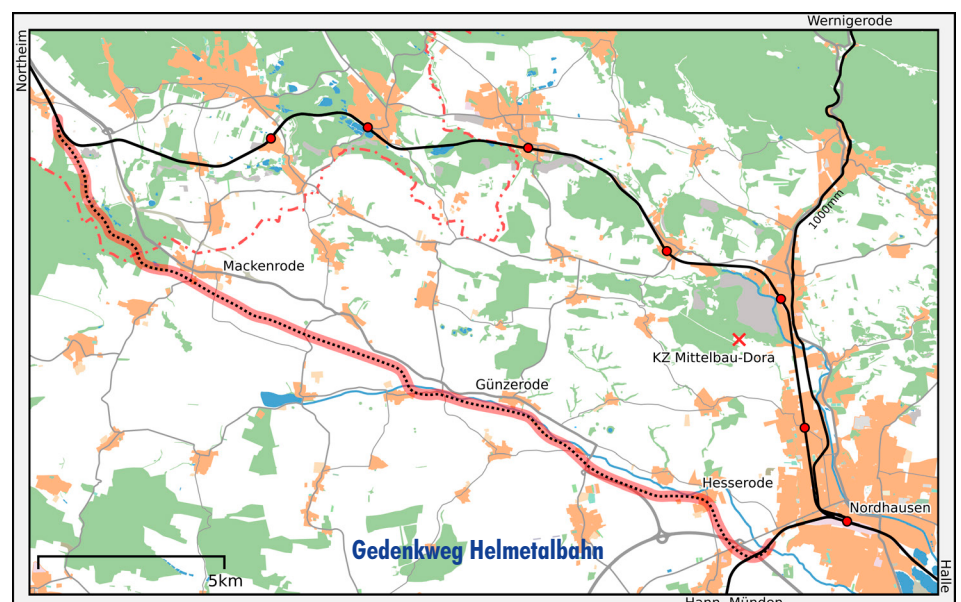
Ab ca. 18.00 Uhr gibt es im Roten Zentrum eine kleine Feier. Hierzu sind wir als VVN-BdA Göttingen auch herzlich eingeladen. Der 8. Mai steht unter dem Motto: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“.

Gedenkweg Helmetalbahn

Von November 1944 bis April 1945 haben die deutschen Faschisten eine Eisenbahnstrecke am Rande des Harzes bauen lassen. Sie wollten auf der Strecke ihre im Harz produzierten Waffen und Munition transportieren. Die Strecke führt von Osterhagen im Landkreis Göttingen nach Nordhausen.

An dem Bau im schrecklichen Winter 1944/45 waren 3.000 KZ-Häftlinge beteiligt. Die Hälfte überlebte die Arbeitsbedingungen und die Todesmärsche nicht. An diesen Teil Harzer Heimatgeschichte erinnern heute nur einzelne Gedenksteine und Tafeln, die in einem schlechten Zustand sind. Die Ländliche Erwachsenenbildung (LEB) hat im Auftrag des Landkreises Göttingen zum Gedenkweg

„Hetalbahn“ eine Machbarkeitsstudie erstellt. Die Machbarkeitsstudie ist März 2021 vorgelegt worden. Von der LEB ist eine Kombination aus Gedenkweg und Gedenkort vorgeschlagen worden. In der vergangenen Wahlperiode ist im Kreistag hierzu keine Entscheidung getroffen worden. Die Fraktion „Die LINKE“ im Kreistag will das Thema jetzt wieder aufgreifen. (hgs)

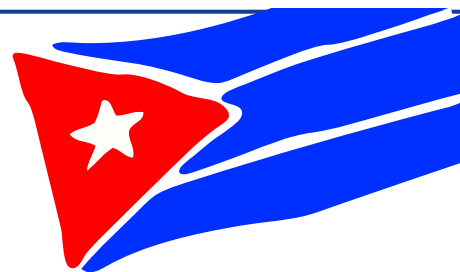


Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

11. April, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

🔴 US-Senatoren bringen Gesetzesinitiative gegen Kuba-Restriktionen ein

Mehrere US-Senatoren haben erneut eine parteienübergreifende Gesetzesinitiative zur Aufhebung von rechtlichen Beschränkungen und anderen Statuten, die Transaktionen und Handel zwischen US-amerikanischen und kubanischen Unternehmen verbieten, eingebracht

Autor: Granma | internet@granma.cu, März 2023

Mehrere US-Senatoren haben erneut eine parteienübergreifende Gesetzesinitiative zur Aufhebung rechtlicher Beschränkungen und anderer Statuten eingebracht, die Transaktionen und Handel zwischen US-amerikanischen und kubanischen Unternehmen verbieten.

Laut der Website von Amy Klobuchar hat Klobuchar selbst zusammen mit Jerry Moran, Chris Murphy, Roger Marshall und Elizabeth Warren die Initiative eingebracht, mit dem Ziel, „neue wirtschaftliche Möglichkeiten zu schaffen, indem die Exporte angekurbelt werden und den Kubanern ein besserer Zugang zu US-Produkten ermöglicht wird“.

Ich setze mich schon seit langem für eine Reform unserer Beziehungen zu Kuba ein, die jahrzehntelang von den Konflikten der Vergangenheit geprägt waren, anstatt in die Zukunft zu blicken“, sagte Klobuchar. Sie versicherte: „Durch die endgültige Aufhebung des Handel-

sembargos gegen Kuba wird unsere parteienübergreifende Gesetzesinitiative die gescheiterte Isolationspolitik beenden, gleichzeitig einen neuen Exportmarkt schaffen und wirtschaftliche Chancen für US-amerikanische Unternehmen eröffnen“.

In diesem Sinne bekräftigte Murphy, dass diese Gesetzesinitiative „die Möglichkeiten für US-amerikanische Unternehmen und Landwirte, mit Kuba Handel zu treiben“, erweitern werde und „eine intelligente Lösung ist, die US-amerikanische Arbeitsplätze schaffen und dem kubanischen Volk zugute kommen wird“.

Warren betonte ihrerseits, dass „es für uns an der Zeit ist, die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren“, und wies darauf hin, dass der Freedom to Export to Cuba Act ein wichtiger Schritt sei, „um Hindernisse für den US-Handel und die Beziehungen zwischen unseren beiden

Ländern zu beseitigen, und er geht in die richtige Richtung, indem er die wirtschaftlichen Möglichkeiten für US-Amerikaner und das kubanische Volk verbessert“.

Mit dem Amtsantritt von Donald Trump wurden 243 Sanktionen verhängt, darunter Beschränkungen für diejenigen, die Überweisungen an Familien und Unternehmen in Kuba tätigen, was nicht nur die kriminelle und archaische Belagerung verschärft, sondern auch die unter der Regierung von Barack Obama erzielten Fortschritte bei der Wiederherstellung der Beziehungen zunichte macht.

Bei der Vorstellung des Berichts über die Auswirkungen der Blockade auf die Insel hatte Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla im vergangenen Jahr beklagt, dass sich die Verluste allein zwischen August 2021 und Februar 2022 auf 3.806 Millionen Dollar belaufen hätten.

🔴 FG wieder auf der Kundgebung der Gewerkschaften am 1. Mai



Nach drei Jahren wird die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba wieder am 1. Mai mit Zelt, Infomaterialien und kubanischen Mixgetränken vertreten sein.

Die Vorsitzende des DGB-Süd-niedersachsen, Agnieszka Zimowska, hatte zwei Mal zum Vorbereitungstreffen des 1. Mai eingeladen und – entsprechend der nicht mehr vorhandenen Vorgaben für die Corona-Situation – die interessierten Organisationen eingeladen, sich am 1. Mai wieder zu beteiligen. Selbst-

verständlich hat die Regionalgruppe Göttingen hier sofort zugesagt, so dass sich Freundinnen und Freunde Cubas wieder am Stand der FG verabreden können. Wir versprechen, leckere Cocktails mit und ohne Alkohol vorzuhalten – nur, dass die Preise wohl anders als 2018 sein werden!

(gs)



FG-Stand gemeinsam mit Grobian 2019



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,
<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

Einigung bei der Tarifrunde Post 2019

Aus: www.sdaj.org/

Erst am Donnerstag, 9.3., machten angesichts des schlechten Angebots der Deutschen Post 85,9 Prozent der befragten Beschäftigten in der Urabstimmung ihre Bereitschaft für einen unbefristeten Streik deutlich. Daraufhin zeigten die Arbeitgeber erneut Verhandlungsbereitschaft, kündigten aber an, dass die Spielräume sehr eng seien. Das Ergebnis liegt nun vor, von der Verhandlungskommission wird den verdi-Mitgliedern empfohlen, das Angebot anzunehmen. Die Verbesserungen sind allerdings nicht so deutlich wie von vielen erhofft.

Einmalzahlungen

Hier hat der Arbeitgeber jetzt das volle Volumen, der im letzten Sommer mit der Bundesregierung abgesprochenen Einmalzahlungen ausgeschöpft. Im April 2023 soll es 1020 Euro geben, der Rest der 3000 Euro wird monatlich bis nächsten März steuer- und abgabenfrei ausbezahlt. Das bedeutet keine Renten- und anderen Sozialabgaben und eben auch keine tabellenwirksame Erhöhung.

Lohnerhöhung:

Die Lohnerhöhung kommt dann auch erst im April nächstes Jahr. Ab dann soll es 340 Euro Lohnerhöhung geben. Diese gilt auch für Azubis und Dualstudierende.

Laufzeit:

Danach soll der Tarifvertrag noch weitere 9 Monate gelten. Insgesamt erstreckt sich die Erhöhung also auf 24 Monate. In Anbetracht dieser Laufzeit handelt es sich um eine tabellenwirksame Erhöhung von 5,5 – 8% für die unteren Lohngruppen – und damit um einen Reallohnverlust.

Was bleibt:

Die Einmalzahlungen sind eine Mogelpackung der Arbeitgeber. Die 3000 Euro sind Ergebnis der Absprache mit der Bundesregierung im letzten Sommer und sollten als vermeintlicher Inflationsausgleich nicht als Teil der Tarifverhand-

lung gesehen werden. Das bedeutet nämlich für die Beschäftigten eine Nullrunde für 2023 und Anfang 2024 und ein Verdoppeln der Laufzeit auf 24 Monate. Während der Lohn also wenig steigt, dürften die Preissteigerungen in den nächsten zwei Jahren weiter Rekorde brechen.

Es ist mehr drin:

Mit dem Ergebnis der Urabstimmung und der Rückendeckung in der Belegschaft für einen unbefristeten Streik könnte man eine deutlichere Verbesserung für die Angestellten bei der Post herausholen. Allein die Abstimmung hat ja gezeigt wie schnell die Arbeitgeber wieder verhandeln wollten und auf einmal auch konnten. Der Streik funktio-



niert als theoretisches Druckmittel, aber eben noch besser als praktisches.

Einmalzahlungen halten arm:

Die Tarifkommission empfiehlt die Annahme mit dem Hinweis darauf, dass für die Beschäftigten mit niedrigem Einkommen es wichtig wäre, dass schnell Geld kommt. Es wäre aber auch sehr wichtig für die Beschäftigten mit niedrigem Einkommen wenn ihr Einkommen nicht mehr niedrig wäre. Eine tabellenwirksame Erhöhung, die Preissteigerungen und Gewinne berücksichtigt, ist das Mit-

Mitgliederversammlungen

April 23

Bei Redaktionsschluss standen die Themen für den 4. und 18. April noch nicht fest; sie werden per mail kommuniziert werden

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.

tel gegen Verarmung, keine Einmalzahlungen die eigentlich nur an Energiekonzerne durchgereicht werden.

Umstände der Tarifrunde:

Während der Tarifverhandlungen kamen vom Arbeitgeber nicht nur schlechte Angebote, sondern auch Drohungen. Große Teile der Beschäftigten sollen ausgegliedert werden und so der Tarifvertrag umgangen werden. Gleichzeitig will die deutsche Post vom Staat die Erlaubnis haben gewisse Qualitätsstandards zu senken. Die Marschrichtung der deutschen Post ist klar: Profite. Im letzten Jahr kletterten diese auf 8,4 Milliarden Euro. Und zwar auf Kosten der Angestellten und der Kunden.

Annehmen oder ablehnen:

Die Abstimmung der Beschäftigten über den Tarifvertrag steht noch aus (bei Redaktionsschluss). Bremst man die Streikbereitschaft der Beschäftigten nicht aus, ist mit Sicherheit ein besseres Ergebnis möglich. Es ist wichtig deutlich zu machen, dass lange Laufzeiten und vor allem aus Einmalzahlungen bestehende „Erhöhungen“ nicht annehmbar sind. Das hätte auch eine Signalwirkung auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und bei der Bahn, die sich ebenfalls momentan in Verhandlungen um Lohnerhöhungen befinden. Eins ist klar: Die wenigen Verbesserungen, die dieser Abschluss enthält, gibt es nur aufgrund der Kampfbereitschaft und Eigenaktivität der Beschäftigten zusammen mit ihrer Gewerkschaft. Wollen wir streikbereit sein, egal ob jetzt oder in 24 Monaten, müssen wir die Gewerkschaften stärken!

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Internationaler Frauentag in Grone

Trotz des unangenehmen Wetters hatten sich am 8. März rund 40 Groner*innen auf dem Jonaplatz versammelt, um einzustehen für „die Frau, die Freiheit, das Leben“.



Eingeladen dazu hatten unsere Freunde der Gruppe „Genug ist Genug! Stadtteiltreffen Grone“ zusammen mit dem Nachbarschaftszentrum Grone.

Begleitet von Klängen feministischer Lieder verschiedenster Kulturen, malten die Teilnehmer*innen zu Beginn gemeinsam ein großes Transparent mit dem Slogan „**Widerstand ist Leben!**“.

Danach wurden „Wunschbäume“ mit Wünschen und Forderungen der Frauen geschmückt.

Danach zogen alle gemeinsam zum Jonaplatz, um diesen symbolisch in den „Ni Una Menos - Platz“ umzubenennen. Erinnert wurde dabei auch an den Doppel-Femizid in Grone im Jahr 2019, als

zwei Frauen (vom Ex-Partner einer der beiden Frauen) brutal ermordet wurden.

„Ni una menos“ stammt aus der süd-amerikanischen Frauenbewegung und bedeutet „Nicht eine weniger“. Es meint die Forderung: Wir wollen keine weitere Frau mehr durch (von männlichen Machtansprüchen motivierte) Gewalt verlieren!

Den umbenannten Straßenschildern wurde jeweils auch ein kleines Erklärungsschild angehängt, versehen mit Hilfsangeboten für Frauen in Not, wie u.a. mit dem Göttinger Frauennotruf.

Zum Ausklang der Veranstaltung gab es im Nachbarschaftszentrum, neben warmen Getränken, auch Kuchen und



Winterkino Grone

Motto:

„Filmstadt Göttingen“

Eine tolle Veranstaltungsreihe von
Oktober 22 bis März 23

Mehr als 260 Besucher*innen haben an den sechs Veranstaltungen teilgenommen (Nur 2018/19 waren es knapp 10 Menschen mehr)!

Die von unseren „Köch*innen“ vorbereiteten Speisen waren wieder ein „Magnet“ an diesen Abenden!

Und mit der künftigen Einführung des Hr. Schreibvogel in die Göttinger Filme brachten diese Filme noch mehr Spaß!

Die nächste Vorführung kommt bestimmt: Om Oktober 2023!

Wer bereits frühzeitig informiert werden möchte, kann hier seine E-Mail-Adresse hinterlassen: „Winterkino-Grone@web.de“. Wer keine Email hat, kann sich auch unter der Telefonnummer 0551-96550 melden. Dann können wir beim Start im Oktober schon vorab informieren.

Salate, die von einigen Männern zubereitet wurden.

Ein starker Frauentag in Grone! (sz)

► Kinder malen ihren Spielplatz

Rund 30 Kinder folgten am 16. März der Einladung von „Genug ist Genug! Stadtteiltreffen Grone“ und dem Nachbarschaftszentrum Grone, um „ihren“ Spielplatz zu malen.

Vorausgegangen waren Besichtigungen der Spielplätze in Grone-Süd, die i.d.R. ein furchtbares Bild bieten, vor allem, wenn sie zur LEG gehören. Man kann diese Plätze nur mit einem Wort beschreiben: Verwahrlost!



Aber fast überall nagelneue Schilder, dass sie zur LEG gehören. Der Normalbürger würde sich schämen!

Herausgekommen sind viele Bilder, die Anregungen bieten können, wie die Spielplätze rund um die LEG-Bauten aussehen können. (siehe Bild rechts oben).

Die Initiatoren der Aktion wollen Mappen mit Fotos der verwahrlosten Spielplätze und den „Wünschen“ der Kinder erstellen, die sie der LEG und der Stadt Göttingen zur Verfügung stellen wollen.

(gs)





Kreismitgliederversammlung

Am **19.04.2023 um 19:00 Uhr** im Holbornschen Haus, Rote Straße 34, 37073 Göttingen.

Tagesordnung

1. Begrüßung und Formalia (Kommissionen, Tagesordnung)
2. Nahverkehrskampagne
3. Wahl Delegierte Landesausschuss
4. Finanzplan 2023
5. Berichte
6. Sonstiges

Aktiventreffen

Am **12.04 um 19:00 Uhr** im Saal der Roten Hilfe, direkt neben dem Roten Zentrum, (Lange-Geismar-Str 2, Göttingen).

Aktiventreffen

Am **26.04 um 19:00 Uhr** im Saal der Roten Hilfe, direkt neben dem Roten Zentrum, (Lange-Geismar-Str 2, Göttingen).

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 03.05.2023, 19:00 Uhr im Neuen Rathaus, Raum 1111
Thema: Kommunale Gesundheits- und Pflegepolitik
 (ausführlich siehe S. 10)

Rosa Luxemburg Club Göttingen

Karstadt - Benko - - Signa: Immobilienpekulation auf Kosten der Beschäftigten

Am **Dienstag, 18.04, 20 Uhr** im Apex, Burgstraße, Göttingen

Referentin: Katalin Gennburg, Stadtentwicklerin und Mitglied der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin

Benko als Immobilien-Millionär ging es bei der Übernahme von Karstadt/Kaufhof nie um das operative Geschäft einer Warenhauskette. Systematisch werden die Warenhäuser heruntergewirtschaftet und ausgeschlachtet. Mitarbeiter*innen sind in jahrelanger Unsicherheit, nehmen finanzielle Einbußen in Kauf, bangen um ihren Job. Gläubiger und der Staat nehmen im vermeintlichen Ringen um die Existenz der Warenhäuser und damit der Beschäftigungsverhältnisse hunderte von Millionen Verluste in Kauf.

Erleichterung in Göttingen: Das örtliche Geschäft bleibt (vorerst) bestehen, gehört nicht zu den 52 Filialen, die 2023 und 24 geschlossen werden. Jobabbau und weitere Forderungen an die verbleibende Belegschaft sind aber noch nicht vom Tisch, im Gegenteil: es wird wohl eine Halbierung der Karstadt - Verkaufsfläche geben, damit auch in Göttingen einen weiteren Jobabbau.

Katalin Gennburg erklärt das System der systematischen Ausschachtung einer Warenhauskette, kann uns beschreiben, wie und mit welchem Hintergrund Benko taktiert und was das Interesse des Firmenimperiums Signa ist, das er in gut 20 Jahren aufgebaut hat. Sie macht eine Bestandsaufnahme der letzten Jahre und diskutiert mit uns Alternativen heraus aus der vermeintlichen Abhängigkeit vom Investor und (nur scheinbaren) „Retter“.

Eintritt frei!



KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
 Tel.: 05 51 - 29 14 05 46
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

goettingen@linksjugend-niedersachsen.de
 und auf Instagram unter [linksjugend.goettingen](https://www.instagram.com/linksjugend.goettingen)
 Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
 37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de
 Phillip Ammermann, Tel. 0171-1728270

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
 Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
 Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
 E-Mail: ag-bg@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
 E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
 E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
 E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
 IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

► Neuer Landesvorstand gewählt

An diesem Wochenende hat DIE LINKE Niedersachsen auf ihrem Landesparteitag in Hannover ihren Landesvorstand und weitere Gremien neu gewählt. Künftig wird die Partei von der Gewerkschafterin und Hafenarbeiterin Franziska Junker (Leer) sowie dem Sozialarbeiter und Leiter einer Obdachloseneinrichtung Thorben Peters (Lüneburg) als gleichberechtigte Co-Vorsitzende geführt.

Peters kritisierte in seiner Bewerbungsrede vor etwa 160 Delegierten den politischen Kurs der Bundesregierung und kündigte eine klare „friedens- und sozial-

politische Opposition“ an. Junker sagte: „Ich kämpfe für soziale Gerechtigkeit! Um das umzusetzen, brauchen wir eine starke LINKE!“

Mit einer Plakat-Aktion stellte sich der Landesparteitag geschlossen hinter die derzeit im öffentlichen Dienst Streikenden, die für mehr Geld und einen neuen Tarif-Abschluss kämpfen.

Als stellvertretende Vorsitzende der Landespartei wurden Hilke Hochheiden sowie Ferry Marquardt, als Landesschatzmeister Wolfgang Haack, als stellvertretende Schatzmeisterin Marianne

König und als Landesgeschäftsführer erneut Christoph Podstawa gewählt. Neue jugendpolitische Sprecherin ist Johanna Brauer.

In den erweiterten Vorstand wurden zudem Kai Beitelmann, Wolfgang Cornelius, Awa El-Scheich, Marianne Esders, Torben Franz, Thomas Goes, Maria Christina Luig-Steijn, Manuela Mast, Peggy Plettner-Voigt, Nicoline Rohweder, Lisa Schmitz und Hans-Herbert Ullrich gewählt.

Unter dem Motto „Sozialistisch – europäisch – friedlich“ hatten sich am Samstag und Sonntag 160 Delegierte getroffen, um die Gremien der Landespartei neu zu wählen und mit einem einstimmig angenommenen Leitantrag auch Grundlagen für den künftigen Kurs des Landesverbandes festzulegen und sich mit ersten Debatten auf die Europawahl 2024 vorzubereiten.

► Der vermessene Mensch

Ethnologie ist das Fach der Stunde am Ende des 19. Jahrhunderts. Und Alexander, der junge Völkerforscher, ist fest entschlossen, seinen Vater, der auf demselben Gebiet tätig war, zu toppen. Im Hörsaal ist er bereits der Chef, stellt sich sogar hin und wieder gegen die Theorien seiner Vorgesetzten, wenn auch nicht zu laut.

In Mode ist gerade das Schädelvermessen von Bewohnern neudeutscher Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent. Es dient der Zementierung der vermeintlichen Höherstellung und Vorherrschaft der weißen Rasse, insbesondere der deutschen natürlich. Aus jeder Ritze der Universität quillt der Überlegenheitsanspruch, der vor Ort dann militärisch durchgesetzt wird.

Alexander ist durchaus angewidert von der pseudo-wissenschaftlichen Herangehensweise der Kollegen. Er will sie widerlegen, versucht, ihre Fehler nachzuweisen. Bei der großen Völkersausstellung in Berlin - bei der genau das passiert: Es werden „Völker“ ausgestellt wie Tiere im Zoo – lernt er Kezia kennen. Sie ist Dolmetscherin einer Delegation von Nama und Herero, die unter falschem Vorwand nach Deutschland gelockt wurden und nun zur Teilnahme an der „Völkerschau“ gezwungen werden.

Kurz nach der Abreise der Delegierten beginnt in „Deutsch-Südwestafrika“ der Aufstand gegen die deutsche Kolonialmacht. Zugleich reist Alexander als ethnologischer Experte im Schutz der Armee durch das ganze Land, um Knochenmaterial für deutsche Forschungsprojekte einzusammeln. Und sucht dabei auch nach Kezia. Er gerät zwischen die Fronten der Kämpfenden, findet heraus, dass Konzentrationslager aufgebaut werden, und wird gewahr, dass hier ein Vernichtungskrieg im Gange ist, in dessen Folge viele Herero den Tod in der Wüste finden.

Kezia glänzt allerdings mehr durch ihre Abwesenheit im Film. Faszinosum, exotistisches Sehnsuchtsziel – ihre Rolle bleibt klein. Gezeigt wird immer die Sicht des deutschen Forschers, der, wenn auch widerständig, eine schier überzentrale Figur ist, die doch alles mitmacht.

Damit verschiebt sich der Fokus völlig weg von den Opfern hin zum Blick des Täters. Man erfährt zwar jeden Gedanken Alexanders, aber nur wenig über die Herero. Das ist umso enttäuschender, als sie zu Beginn des Films noch präsenter sind als durchaus politische Subjekte. Kurz: Die Einwohner Namibias sind nur Staffage für die Entwicklung der Hauptfigur.



Man habe schlichtweg keine Aufzeichnungen über die Herero und Nama und habe ihre Geschichte während des Aufstandes daher auch in größerem Rahmen fiktionalisieren wollen, sagt Kraume. Im Ergebnis gibt es jedoch nun nicht eine einzige tragende Rolle auf ihrer Seite. Ob das wirklich nicht anders ging?

Ein überraschender und intelligenter Twist zum Ende hin kündigt bereits die kommenden geschichtlichen Ereignisse an und weist auf die historische Vorreiterrolle der biologistischen Wissenschaft der Jahrhundertwende für den Nationalsozialismus.

Fazit: prima Thema, zweifelhafte Umsetzung.

Von Jürgen Kiontke



DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 7 - März 2023

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Geprägt wurde die letzte Kreistagssitzung von den Haushaltsberatungen. Es war zwar schon März, dennoch wurde der Haushalt für den Landkreis Göttingen erst jetzt beschlossen, da es sich um einen Doppelhaushalt für 2023 und 2024 handelt. Zu einem offenen Schlagabtausch kam es aber erst beim letzten TOP, als es um die Schließungspläne der Sparkasse ging.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 17 - Neuauflage des Jüdischen Gedenkbuchs

Wie wir bereits berichteten, plant der Landkreis eine überarbeitete Neuauflage des Jüdischen Gedenkbuchs, in den zukünftig auch Schicksale aus dem Altkreis Osterode aufgenommen werden sollen.

Eckhard Fascher begrüßte für unsere Fraktion dieses Vorhaben und erinnerte daran, dass die Initiative dazu in der vorherigen Wahlperiode von unserer Kreistagsgruppe ausgegangen sei. Seinerzeit hatte vor allem Hans-Georg Schwedhelm in der Erinnerungskultur vielfältige Ideen eingebracht.

Die SPD-Abgeordnete Dagmar Schlaeplitz-Beck gab einen kurzen Überblick über die Verfolgung der jüdischen Mitbürger nach 1933 – Göttingen war bereits zuvor zu einer NSDAP-Hochburg aufgestiegen. Die erste Auflage des Buches 1992 habe dann den Opfern ein Gesicht gegeben.

Neben dem Gedenkbuch wird es zudem eine Online-Datenbank geben, die laufend aktualisiert werden soll. Eckhard Fascher wertete die Beschlussfassung somit als „guten Tag für die Gedenkkultur“.

TOP 21 - Haushalt 2023/2024

Nachdem es in den vergangenen Jahren bei den Haushaltsberatungen stets zu Ergebnissen kam, die von der LINKEN nicht mitgetragen werden konnten, gab es diesmal zum Teil positive Entwicklungen.

So wurde diesmal beim Stellenplan mit dem Personalrat das Benehmen hergestellt, was mit dazu führte, dass DIE LINKE diesem schließlich zustimmen konnte. Anders als die CDU sind wir der Meinung, dass nicht primär Stellen einsparen wichtig ist, sondern es darum geht, dass die Verwaltung ihre Aufgaben erfüllen kann, was angesichts der Bewerbersituation immer schwieriger wird. Auch dürfen Reformen nicht zu Lasten der Kommunen gehen, indem sie wie beim Wohngeld erheblichen Stellenbedarf erzeugen, wie Eckhard Fascher in seiner Haushaltsrede deutlich machte. Erfreulich ist demzufolge, dass bei den Haushaltsberatungen etliche notwendige davor unberücksichtigte Stellen noch in den Stellenplan hinein gestimmt worden. So ist auch die Schaffung einer halben Stelle für das Diversitätsmanagement erfreulich, wie wir es auch gefordert hatten.

Auch eine halbe Stelle zur Vorbereitung einer Kommunalen Antidiskriminierungsstelle ist von der Mehrheitsgruppe in den Stellenplan hinein gestimmt worden, was wir sehr begrüßen. Jedoch ist dabei der Sperrvermerk nicht nachvollziehbar. Dieser sieht die Stelle nur vor, wenn sie für die beantragte Förderung des gemeinsamen Projekts mit der Stadt Göttingen unbedingt erforderlich ist. Wir fordern eine ganze Stelle ohne Sperrvermerk.

Dem Haushaltsplan selber konnte DIE LINKE dann allerdings nicht zustimmen. Zwar wurden während der Beratungen noch einige Verbesserungen umgesetzt, so etwa, dass die Tafeln erstmals für 2023 einen Zuschuss von 25.000 Euro bekommen sollen, den sie dringend benötigen, um weiterhin den Ärmsten der Armen helfen zu können. Diese leiden unter den Rückgang der Lebensmittelspenden. Dagegen scheint uns die von der Verwaltungsspitze angeregte Festsetzung der freiwilligen Leistungen auf 1,6% bei einem noch ausgeglichenen Haushalt willkürlich. Unbefriedigend auch das Ziel lediglich jährlich 25 sozial geförderte Wohnungen zu schaffen. Wir fordern 100. Auch wenn dies immer schwieriger wird, ist es angesichts der Wohnraumknappheit erforderlich. Umso unverständlicher, dass die Verfügungsmittel für den Landrat und für Tagungen und Empfänge erhöht werden sollen. Da zahlreiche weitere Anträge von uns keine Berücksichtigung fanden, insbesondere im kulturellen Bereich, wurde der Haushalt von uns nicht mitgetragen.

TOP 34 - Resolution zur Sparkasse Göttingen

Nachdem die Sparkasse Göttingen vor einigen Wochen eine neue Schließungswelle bei Filialen und Geldautomaten angekündigt hatte, erntete sie Kritik von vielen Seiten und auch die Kreistagsfraktion DIE LINKE bezeichnete die Pläne in einer Pressemitteilung als völlig überzogen.

Die FWLG brachte nun in den Kreistag eine Resolution ein, in der gefordert wurde, die angekündigten Schließungen zurückzunehmen. DIE LINKE unterstützte diese Resolution, von der Mehrheitsgruppe sowie der CDU wurde die Resolution allerdings abgeschmettert.

Die Debatte über die Resolution nutzte Landrat Riethig dann für einen verbalen Frontalangriff auf die FWLG-Fraktionsvorsitzende Rüngeling, bei der der Gegenstand des Antrages völlig aus dem Blick geriet. Es wurden zwar zunächst die wirtschaftlichen Argumente nachvollziehbar vorgetragen, insgesamt präsentierte sich der Landrat aber dann mit derselben Dünnhäutigkeit, die auch seinen Vorgänger ausgezeichnet hatte.

Es ist als sehr zweifelhaft anzusehen, ob mit abweichenden Meinungen und Einschätzungen in einer solchen Art und Weise umgegangen werden sollte.

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



▶ Veranstaltung zur Situation in der Ukraine

Nach langer Pause gab es am 24. Februar endlich wieder eine der beliebten **Freitagsveranstaltungen des Roten Zentrums in Göttingen**. Thema „Krieg und Faschismus in der Ukraine“.

Referentin war Susann Witt-Stahl, Journalistin (u. a. der 'junge Welt') u. langjährige Chefredakteurin der Kulturzeitschrift 'Melodie & Rhythmus'; Veranstalterin war die jW-Leserini Göttingen in Kooperation mit der KPF der Partei DIE LINKE.

Es kamen 26 TeilnehmerInnen, die alle sehr pünktlich u. interessiert waren. Die Veranstaltung war sehr gut, nach dem Vortrag viele gute Fragen aus dem sehr interessierten u. großenteils etwas älteren u. mit Kenntnissen versehenen Publikum. Es hat tatsächlich etwa 3 1/2 Stunden gedauert, bis sie zu Ende war (letzter Zug für Susann). – Eine so lange dauernde Veranstaltung mit so viel Diskussion hatten wir noch nie!!!

Leider sind diejenigen, die sachliche Informationen am meisten benötigt hätten – die „Jüngeren“, die die Geschehnisse um den Maidan 2014/15 und erst recht das „davor“ jugendbedingt nicht bewußt verfolgt haben –, (natürlich?!) NICHT erschienen. Schade, hier hätten sie sehr viel lernen können!

Zu Beginn wurde noch einmal der Zweck dieser Veranstaltung betont: Zu analysieren, wer und was das Regime in Kiew ist, mit wem von uns Solidarität verlangt wird, wer seine Freunde sind, wohin der Mehr-

wert fließt und wer hungern und frieren soll und wofür ... Also das, was Linke im allgemeinen und MarxistInnen im besonderen interessieren sollte!

Dies wurde von Susann in ihrem Vortrag und der anschließenden Diskussion sehr detailliert und mit vielen anschaulichen Beispielen versehen dargestellt. So ging sie noch einmal ausführlich auf den „Maidan“ ein, diese sog. „Revolution“. Eine „Revolution“, auf die der Westen schon lange vor 2014 hingearbeitet hatte, um die an Bodenschätzen u. Agrarprodukten reiche und strategisch (gegen Rußland) sehr günstig gelegene Ukraine dem Westen zuverlässig zu sichern. Medial von Anfang an unterstützt durch Presse, Fernsehen, Kinofilme u. Promis. Durchgeführt unter Dominanz der – übrigens sehr gut ausgebildeten – FaschistInnen, die ihren Terror ausübten. Und die Macht übernahmen.

... KP-Verbot, Arbeitsrecht geschleift, Gewerkschaften korrupt oder verboten, Pressefreiheit abgeschafft, Terror gegen Oppositionelle bis hin zu Ermordungen und „Verschwindenlassen“, Bandera als Volksheld ... Im März 2022 Verbot ALLER Oppositionsparteien, in der Rada nur noch rechte Parteien ...

In der BRD eine „Linke“, die dies alles kleinzureden versucht. Und ein Kanzler Olaf Scholz, der im Sommer 2022 in Kiew 'Slava Ukraina' ruft – das deutsche Gegenstück hieße 'Sieg Heil'.

Endlich das schaffen, was Opa nicht fertig gebracht hatte? Rache für die Niederlage gegen die russischen Untermenschen?? Und dabei noch zu den Guten gehören??? Einiges deutet darauf hin ...

Was tun? NICHT EINSCHLAFEN, genau beobachten, der Propaganda nicht auf den Leim gehen, aufklären und gegenhalten. Das ist unsere Aufgabe. Keine leichte!

Die wichtigste Veranstaltung, die wir bisher gemacht haben. Nicht nur wg. des informativen Vortrags u. der anschließenden Diskussion auf sehr hohem Niveau, sondern weil wir in Gö damit das de-facto-Meinungsmonopol der Pro-Ukraine-Front geknackt und die Gegenof-

Prost und guten Appetit!

Der 8. Mai ist der Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus. Hitler war kaputt, die Nazis am Ende, der Zweite Weltkrieg in Europa vorbei. Für die alliierten Armeen, für die Partisan*innen-Gruppen, für die Gefangenen in den Kerkern und Konzentrationslagern, für alle Kriegsgegner*innen und Antifaschist*innen ein Sieg und ein Grund zum Feiern!

Bewohner*innen des Lieschen-Vogel-Hauses und Nutzer*innen des Roten Zentrums laden Nachbar*innen und Genoss*innen für den 8. Mai 2023 zum gemeinsamen Anstoßen und Abendessen ein. Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung der VVN-BdA sollen im und vor dem Roten Zentrum die Tische reich gedeckt sein und die Sektkorken knallen.

Ihr habt Kochtalent und wollt mit uns die Suppenkelle schwingen? Ihr wollt in guter Gesellschaft den 8. Mai feiern?

Anmeldungen bis zum **30. April 2023** in unseren Hausbriefkasten oder per Mail an rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

fensive gestartet haben! Entsprechend oft ein „Danke“ der Gäste nach Ende der Veranstaltung, das weiter ging als „nur“ für diese Veranstaltung. Etliche BesucherInnen haben hier „Mut geschöpft“ u. gesehen, daß längst nicht alle so ticken wie die Staatslinken in großen Teilen der PDL bis zu Autonomen.

Die FaschistenfreundInnen (oder auch die hiesigen ukrain. Faschos) haben sich nicht an uns rangetraut!!!

Weder durch provokative Fragen oder Pöbeleien auf der Veranstaltung (waren gar nicht erst da). Noch durch Störversuche der Veranstaltung (waren gar nicht erst da). Und schon gar nicht durch einen Angriffsversuch auf die Veranstaltung (waren gar nicht erst da).

Die Deutungshoheit für Gö haben sie jedenfalls hiermit verloren. Es liegt an uns, das jetzt zu halten und auszubauen! Vielleicht war – wenn auch nur auf lokaler Ebene – dieses WE ja das „Stalingrad“ des Ukraine-Fanklubs?! Dazu noch die große Kundgebung am 25. Februar in Berlin ...





Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

 Spendenkonto:
 IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

KoPol AK zu Flucht und Migration-

Konstruktiver Austausch mit dem AK Asyl

Beim Kommunalpolitischen Arbeitskreises am 1. März haben zwei Vertreterinnen des AK Asyls einen Einblick in die aktuelle Situation der Asylsuchenden in Göttingen gegeben.

Der Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden ist vor 41 Jahren gegründet worden als Zusammenschluss verschiedener Organisationen und Einzelpersonen. Damals waren mehr als hundert Geflüchtete unter haarsträubenden Bedingungen im völlig heruntergekommenen Hotel Astoria untergebracht.

Die Auflösung dieses Sammelagers und die Entstehung des Migrationszentrums im Jahr 1989 ist maßgeblich auf das unerschütterliche Engagement des AK Asyls zurückzuführen.

Auch wenn jetzt wieder ein regelmäßiger Austausch und Kontakt mit Geflüchteten besteht, war es schwierig nach Corona überhaupt wieder in Kontakt zu kommen. So wurde geschildert, wie erschreckend isoliert die Menschen in den Unterkünften waren. Besuche und Infostände wurden aktiv verhindert und Informationsweitergabe und Beratung war kaum möglich ebenso wie die Begleitung bei Behörden-gängen im Sinne eines unterstützenden Behördenwatch.

Auch während der Pandemiezeit wurde durch den AK Asyl immer wieder auf die Missstände in Sammelunterkünften aufmerksam gemacht. Erschreckende Beispiele sind nächtliche und gewaltvolle Abschiebungen sowie Sicherheitsdienste, die mit Schlüsselgewalt die Privatsphäre der Geflüchteten in den Unterkünften verletzen. Kritisches Hinterfragen durch linke Kommunalpolitik ist dringend erforderlich.

Die Abschiebepaxis ist aus Sicht des AK Asyls in der letzten Zeit repressiver und „effizienter“ geworden. Ermessensspielräume der Ausländerbehörde bzgl. der Aufenthaltsbeendigungen und Fristen der Duldungen werden selten im Sinne der Asylsuchenden genutzt. Der Kontakt zu Ausländer- und auch Sozialbehörden ist in der Regel angstbesetzt und rassistischer Umgang wird erlebt. Ein Beispiel ist die diskriminierende Bevorzu-

gung von Geflüchteten aus der Ukraine gegenüber anderen Ländern, z.B. bei der Wohnungsvergabe.

Besonders ungerecht: Geflüchtete aus der Ukraine, die dort als Studierende aus außereuropäischen Drittstaaten lebten, sollen zum Stichtag 19. März in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden bzw. unter viel Druck zur sogenannten „freiwilligen Ausreise“ bewegt werden.

Folgendes kann als Anfragen oder Anträge kommunalpolitisch aufgegriffen werden:

- Wie viele **Abschiebungen** wurden im Jahr 2022 aus der Stadt bzw. aus dem Landkreis Göttingen durchgeführt? In welche Länder?
- Wie liefen die Abschiebungen ab? Zu welcher Uhrzeit?
- Was sind die **Kriterien für den Auszug aus einer Sammelunterkunft**: Trifft es zu, dass Geflüchtete aus der Ukraine bei der Wohnungsvergabe bevorzugt werden?
- Mit welcher Begründung wird aus Drittländern kommenden Geflüchteten aus der Ukraine der Aufenthalt verwehrt im Gegensatz zu Kriegsflüchtlingen mit ukrainischer Nationalität?
- Wieviele **Geflüchtete aus der Ukraine**, die Drittstaatler sind, leben aktuell in Göttingen? Gibt es Bleiberechtschancen (z.B. Arbeit, FSJ, etc.)?
- **Dolmetscherkosten bei Arzt- bzw. Klinikbesuchen** werden nicht zuverlässig übernommen, so dass teilweise Arzttermine nach einem Quartal nicht mehr wahrgenommen werden können. Woran liegt das?

Zustände in der GAB-betreuten Unterkunft in Wollershausen:

- Geflüchtete berichten, dass ihnen der Auszug verwehrt wurde, obwohl sie eine Wohnung gefunden hatten. Warum und unter welchen Umständen wird ein Auszug zugelassen bzw. verwehrt?
- Sprachkurse laufen dort ohne Kinderbetreuung, gibt es dafür Lösungsideen?
- Im nahen Wald wird von Jägern geschossen, was retraumatisierend wirken kann. Wie werden Bewohner*innen darüber aufgeklärt?

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sylke Jarosch,
Bärbel Safieh, Christa Siebecke,
Rieke Wolters, Gülsan Yalçın

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:

Nornia Marcienkiwicz
Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),
Torsten Wucherpfennig

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

**Mittwoch, 03. Mai, 19:00 Uhr
im Neuen Rathaus, Raum 1118**

Thema: Kommunale Gesundheits- und Pflegepolitik

Eigentlich ist die Gesundheitsvorsorge eine öffentliche Aufgabe, die aber im wesentlichen dem Markt überlassen wird mit gravierenden Folgen. Wie sieht es mit der Versorgung in Stadt und Kreis Göttingen aus? Können kommunale Gesundheitszentren und Gemeindeschwestern hier eine wichtige Rolle übernehmen?

Man darf auf die Antworten von Stadt und Landkreis gespannt sein, um daraus Ideen für weitere Anfragen und Anträge zu entwickeln. Wir werden mit dem AK Asyl im Austausch bleiben, um gemeinsam dem alltäglichen Rassismus entgegen zu wirken.

bs

Auszüge der Haushaltsreden aus der Ratssitzung vom 17.03.23

Jost Leßmann:

...Wir haben uns in den Beratungen des Doppel-Haushaltes 23/24 dafür eingesetzt, dass das Budget für soziale Projekte erhöht wird. Diese Erhöhung stellt lediglich einen Inflationsausgleich dar. Viele Projekte übernehmen gesellschaftliche Aufgaben, die unseren Zusammenhalt sicherstellen und die für viele Menschen Anlaufstellen sind. Ein Wegfall würde ein Ausschließen vieler Menschen aus unserer Gesellschaft bedeuten. Leider ohne Erfolg, unsere Anträge wurden fast ausnahmslos abgelehnt.

Angesichts einer schwierigen Haushaltssituation ist in der Politik sehr oft zu hören, dass wir sparen müssen. Aber genau das ist nicht möglich.

Wir müssen also vielmehr von Kürzungen und Verlagerungen bei den Ausgaben sprechen, die aber auch nicht nötig wären, wenn der Bund die Kommunen finanziell endlich so ausstatten würde, dass die Städte und Gemeinden ihre Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erfüllen können. Da dies aber nicht der Fall ist, stellt sich die Frage, bei welchen Ausgaben die Politik Kürzungen vornimmt. Hier vertritt die Göttinger Linke Ratsfraktion eine klare Position: Wenn das Geld knapp ist, müssen es die Menschen bekommen, die es am dringendsten benötigen, weil sie sozial benachteiligt sind. Denn auch in Göttingen nimmt die Armut zu.

Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass die Dunkelziffer derjenigen, die unterhalb der Armutsgrenze leben und keine Anträge auf Transferleistungen stellen, sehr hoch ist. Hinzu kommt, dass die Altersarmut in den kommenden Jahren drastisch ansteigen wird. Auch wenn diese Entwicklung vor allem bundespolitische Ursachen hat, müssen wir kommunalpolitisch alles tun, um die Folgen von Armut zu verringern und abzumildern.

Die Schaffung von mehr preiswertem Wohnraum ist eine der dringendsten Aufgaben für die Kommunalpolitik in Göttingen. Es muss alles dafür getan werden, dass Menschen mit wenig Geld auch in Zukunft hier wohnen und leben können. Die Bemühungen des Haushaltsbündnisses reichen hier bei weitem nicht aus.

Und da wird es Ihnen vom Haushaltsbündnis auch nicht helfen, wenn Sie gleich in der Geschäftsordnung die Erhöhung der Mitglieder im Bauausschuss beschließen, um dort wieder eine Mehrheit zu haben – ein eklatanter Wortbruch im Übrigen gegenüber dem Ratsherren Welter-Schultes. Themen wie bezahlbarer Wohnraum, Sanierung der Schulen, aber auch „Was passiert mit der ehemaligen JVA?“ bleiben auf der Tagesordnung. Dafür werden wir sorgen.

Auch der KiTa-Ausbau muss dringend fortgesetzt werden. Hier muss die Stadt aktiver werden. Das ist einerseits eine unbestrittene Aufgabe, um Kindern den Einstieg in den Bildungsverlauf zu sichern und andererseits wichtig, damit die Fachkräfte, die wir so dringend benötigen, mit ihren Familien auch nach Göttingen kommen und hier die entsprechende Infrastruktur vorfinden. ...

Torsten Wucherpennig:

... 2016 hatte der leider verstorbene SPD-Bundestagsabgeordnete Thomas Oppermann drei Millionen Euro an Bundesförderung für die Sanierung des Otfried-Müller-Hauses nach Göttingen geholt. Weitere drei Millionen stellte die Stadt Göttingen für die Sanierung zur Verfügung. Daraufhin ordnete der damalige Oberbürgermeister Köhler an, dass das Junge Theater 2019 für 3-4 Jahre, der eigentlichen Sanierungszeit, aus dem Stammhaus in eine Interimsstätte umziehen muss. Seitdem steht das Theater leer und passiert ist außer Schimmelbefall nichts. Im Dezember 2021 beschloss dieser Rat hier einstimmig den interfraktionellen Antrag „Sanierung Otfried-Müller-Haus – „Wir müssen zurück in unser Theater“.

Im Jahr 2022 wurde dann endlich im Bauausschuss der Kostenplan von 16,5 Millionen beschlossen und alle dachten, nun geht es endlich los mit der Sanierung. ... Aber weit gefehlt, denn durch einen teuren Wechsel im Baudezernat, ...hat der neue Baudezernent die Parole rausgegeben: Alles auf Anfang, es gilt nicht, was beschlossen wurde. Bedarfspläne müssen neu entwickelt werden und erst dann sehe man ob und in welchem Umfang das Otfried-Müller-Haus saniert wird.

Als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker fragt man sich da, warum werden Beschlüsse gefasst, die nicht umgesetzt werden, wofür tagen und diskutieren wir dann eigentlich?

Und wie wird eigentlich mit den Mitarbeiter*innen des Jungen Theaters umgegangen? Nach 7 Jahren ist nicht absehbar, wann der Umbau kommt. Glaubt man dem erst kürzlich vorgestellten Zukunftsinvestitionsprogramm und den da abgebildeten Ansätzen, gar erst in den 2030er Jahren? Das kann nicht unser Ernst sein! ...

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

► Sand im Getriebe des Jobmotors?

Sartorius ist in den letzten Jahren in Göttingen und überregional als ein wirtschaftlich überragend erfolgreiches Unternehmen bekannt geworden. Durch die Corona Pandemie gab es noch zusätzlichen kräftigen Rückenwind bei Umsatz, Gewinn und Beschäftigung.

Der „große Jobmotor“ drehte noch kräftiger auf. Der Pharmazulieferer war und ist exklusiv in den Lieferketten von BioNTech und anderen großen Impfstoffmittelherstellern verankert. Sartorius bezeichnete sich in der Pandemie auch als „Teil der Lösung“. Der Umsatz steigerte sich weltweit im Jahr 2022 auf 4,175 Mrd Euro vor Steuern, Nach Abschreibungen blieben noch 1,4 Milliarden Euro (EbitDA-Marge Rohgewinn) und ein Nettogewinn von 655 Millionen Euro übrig. Damit wurde die ursprünglich veröffentlichte Prognose für das Jahr 2025 bereits 3 Jahre früher erreicht!

Am Göttinger Standort werden aktuell circa. 5000 Kolleginnen und Kollegen beschäftigt (weltweit 16.000). Vor drei Jahren waren es am Göttinger Standort noch ca. 3.000 Kolleginnen und Kollegen.

Sartorius ist der große Magnet für zukunftsichere und attraktive IG Metall-tarifgebundene Arbeitsplätze. Diesen Anziehungskräften sind zahlreiche Kolleginnen und Kollegen gefolgt, um sich eine sichere Zukunft aufzubauen. Dafür wurden auch andere Arbeitsplätze aufgegeben. Doch nun kommt Sand ins Getriebe des Jobmotors:

Wie das Göttinger-Tageblatt am 11. und 15. März 2023 berichtete, sollen ca. 230 Kolleginnen und Kollegen aus Kostengründen abgebaut werden, überwiegend im Produktionsbereich. Darin enthalten sind 85 befristete Beschäf-

tigte, sie erhalten keine weitere Verlängerung ihrer Verträge.

In einem so genannten „Freiwilligenprogramm“ sollen die Kolleginnen und Kollegen durch entsprechende finanzielle Anreize überzeugt werden, einen Aufhebungsvertrag zu unterschreiben. Das Unternehmen sucht sich diese sogenannten Freiwilligen auch gleich selber aus - ist das noch freiwillig?

Hier und da könnte eine Abfindung, je nach persönlicher Zukunftsplanung, Alter und beruflicher Perspektive auch passen. Bei einem Freiwilligenprogramm geht es nach Sartoriusinformationen nicht um betriebsbedingte Kündigungen. Vielmehr möchte man den einzelnen Personen einen Anreiz bieten, sich außerhalb von Sartorius beruflich neu zu orientieren.

Wie genau ein solches Angebot ausgestaltet wird, wurde Mitte März bekannt gegeben. Mit Abfindungen bis max. zu 18 Monatsgehältern (ein Monatsgehalt pro Beschäftigungsjahr – max. 18) sollen langjährige Beschäftigte überzeugt werden. Es werden Treueprämien, Sozialzuschläge für Kinder, Zuschläge für Schwerbehinderte und Ausgleichs für Qualifizierungs- und/oder Altersvorsorge gezahlt. Für schnelle Entscheider (Annahme des Angebotes binnen 2 Wochen) gibt es 15.000,00 Euro.

Mit dem Namen „Freiwilligenprogramm“, hat der DAX-Konzern nicht das böse Wort „Sozialplan“ benutzen müssen. Wirtschaftlich gibt es auch keinen plausiblen Grund für einen Personalabbau, denn es werden weiterhin hohe 3-stellige Millionen-gewinne vom Unternehmen prognostiziert. Man will weiterhin bei den Aktionären mit Rekordgewinnen glänzen und die Prognosen erfüllen.

Sozialverträgliche Mittel des Tarifvertrages zur Beschäftigungssicherung wie die kollektive Reduzierung der Arbeitszeit von 35 auf 28 Stunden werden nicht genutzt. Warum, bleibt das Geheimnis der Firma - aber lässt viel Raum für Speku-

Sartorius will Dividende erhöhen

Kommentar von Gunnar Siebecke

Dankenswerterweise konnten wir dem GT v. 16.3.23 entnehmen, dass Sartorius auf seiner Hauptversammlung am 29. März seine Dividende erhöhen will; Umsatzrückgang oder nicht!

Dazu fällt mir zuerst der bekannte Reim von Bert Brecht ein:

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sahen sich an. Da sagt der Arme bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“

Selten gelingt es, diesen Reim so unmittelbar auf die Realität anzuwenden: Hier die Einen, die „ausgemustert“ werden, dort die Anderen, die dafür mehr Geld bekommen!

So können wir im GT lesen, dass die Dividendenerhöhung zwar auf den ersten Blick im Widerspruch dazu stehe, dass Sartorius aktuell 230 Stellen abbauen will – doch die Geschäftszahlen des Unternehmens lassen den Aktienwert steigen. Sprich: Die Kolleg*innen, die jetzt gefeuert werden, haben genug Mehrwert produziert, der an die Aktienbesitzer*innen verteilt werden kann.

Ich kann nur allen Lohnabhängigen sagen, dass sich dieses Verhältnis zw. „Kapital und Arbeit“ nicht ändern wird, so lange dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem besteht.

lationen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass im Rahmen des „Freiwilligenprogramms“ auch gezielt Kollegen und Kollegen angesprochen werden, die man in „Managersprache“ als so genannte „Minderleister“ identifiziert hat. Hier wird ein Effizienzprogramm gestartet, denn Kostenprobleme hat Sartorius nicht.

Sartorius prognostiziert auf seiner Internetseite für das Jahr 2025 weiterhin ein solides Wachstum im zweistelligen Bereich bei einem Umsatz von 5,5 Milliarden und einer Rohgewinnmarge von 34% (=1,87 Milliarden Euro).

Es wird nicht lange dauern, bis Einstellungen im größeren Stil aufgrund der ungebremsten Nachfrage, insbesondere in den Produktionsbereichen, wieder notwendig sind. Die Firma muss aufpassen, dass sie bei den aktuellen Maßnahmen den guten Ruf als attraktiver tarifgebundener Arbeitgeber in der Region nicht leichtfertig verspielt.

Diejenigen, die Sartorius jetzt verlassen, werden vermutlich nicht zurückkehren wollen und in den sozialen Netzwerken wenig Positives berichten.

(ub)

SARTORIUS